

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.221.504

Wien, am 3. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. April 2020 unter der Nr. **1376/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beratungsleistungen in der Coronakrise“ gerichtet.

Die Koordination und der Informationsaustausch von Expertise innerhalb der gesamten Bundesverwaltung findet großteils über den etablierten Weg des staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagements (SKKM) statt. In diesem Rahmen fließt die Expertise sowohl des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz ein als auch jene aller anderen betroffenen Bundesministerien und –dienststellen. Darüber hinaus findet in diesem Rahmen ein formalisierter sowie regelmäßiger Austausch mit den Ländern und deren Behörden statt, sodass auch deren Expertise in die Lagebeurteilung und Entscheidungsvorbereitung einfließen kann.

Weiters gibt es eine Vielzahl an nationalen und internationalen bilateralen Kontakten, mit denen aktuelle Fragestellungen aus unterschiedlichsten Sichtweisen erörtert werden. Die Medizin mit all ihren Fachrichtungen gibt hier einen sehr wichtigen Input, allerdings reichen die berücksichtigten Informationen viel weiter: von den Sozialpartnern, welche ein essenti-

eller Inputgeber gerade in Fragen des Arbeitsmarktes sind, über Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, Mathematikerinnen und Mathematiker, Datenexpertinnen und -experten bis hin zu Vertreterinnen und Vertretern von Breitensportorganisationen, die wiederum ihre Expertise und Lageeinschätzung in den Diskussionsprozess einbringen.

All diese unterschiedlichen Fachmeinungen und Einschätzungen werden in den genannten Institutionen aggregiert und verarbeitet, sodass letztendlich die breitestmögliche Entscheidungsgrundlage für die Bundesregierung besteht, auf der die wichtigen Weichenstellungen getroffen worden sind und werden.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 5 und 6:

- *Welche Beratungsleistungen wurden von Ihnen im Zusammenhang mit der Coronakrise (seit Jänner 2020) bisher in Anspruch genommen?*
 - a. *Bitte um Aufschlüsselung nach Art der Beratungsleistung, Auftragnehmer_in, Auftragsdatum, Fertigstellungsdatum und Kosten.*
- *Welche natürlichen oder juristischen Personen wurden mit diesbezüglichen Beratungsleistungen beauftragt?*
- *Welche Auswahlverfahren kamen dabei jeweils zur Anwendung?*
 - a. *Welche Kriterien wurden diesen zugrunde gelegt?*
 - b. *Nach welchen Kriterien wurde entschieden, ob bzw. dass externe Berater_innen internem Personal vorgezogen werden?*
- *Wie hoch ist der finanzielle Aufwand, der bisher im Zusammenhang mit Beratungsleistungen für die Coronakrise von Ihrem Ministerium insgesamt getätigt wurde?*
 - a. *Gibt es Schätzungen, inwieweit sich dieser noch steigern wird in den nächsten Monaten und wenn ja, wie sehen diese aus?*
- *Werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch weitere Beratungsleistungen für die nächsten Monate in Aussicht genommen?*
 - a. *Wenn ja, bitte um Aufschlüsselung nach Art der Beratungsleistung, Auftragnehmer_in und Kosten.*

Es wurden keine Dienstleistungen im Sinne der Anfrage in Anspruch genommen, weshalb auch keine Kosten entstanden sind.

Zu Frage 4:

- *Gab es Angebote für unentgeltliche Beratungstätigkeiten?*

- a. Wenn ja, von wem und in welchem Umfang?*
- b. Wenn ja, wurden diese in Anspruch genommen bzw. weshalb wurden diese nicht in Anspruch genommen?*

Viele Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, aber auch Unternehmen haben in der Krise Hilfsangebote unterbreitet. Auch dem Bundeskanzleramt wurden diverse unentgeltliche Hilfs- und Beratungsleistungen angeboten, jedoch nicht angenommen. Diese Angebote wurden nicht aufgezeichnet.

Sebastian Kurz

